

Anmod.:

Schon wenige Tage nach der Geburt Jesu mußte sich die Heilige Familie auf eine lange Wanderung begeben: Um dem König Herodes zu entgehen, der Jesus nach dem Leben trachtete, flohen sie nach Ägypten.

Wir nehmen dies zum Anlaß, einen Blick auf die Menschen zu werfen, die heute unterwegs sind, und zwar vor allem auf die, die -aus welchen Gründen auch immer- zu uns, d.h. nach Deutschland, kommen wollen. Ein Beitrag von Stefan Förner:

"Das vereinigte Deutschland hat Probleme. Eines davon ist der Umgang mit Migration und ihren Folgen", so beginnt ein Buch mit dem Titel "Manifest der 60. Deutschland und die Einwanderung". Sechzig Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler verschiedener Fachgebiete melden sich damit zu Wort und lenken den Blick auf einen Bereich der Politik, der -so die Unterzeichner- in den letzten Jahren vernachlässigt wurde, und: sie klagen an:

Die gesellschaftlichen Folgen der politischen Versäumnisse seien unübersehbar, die wachsende Fremdenfeindlichkeit in Deutschland sei -zwar nicht nur- aber auch eine aggressive Antwort auf fehlende Konzepte in der Migrationspolitik.

Migration meint grundsätzlich jede Form von Ein- und Auswanderung, wobei in Deutschland die Zahl der Auswanderer verschwindet gegenüber der großen Zahl von Gastarbeitern mit ihren Familien, Spätaussiedlern und Asylbewerbern.

Einer der Mitunterzeichner des "Manifests der 60" ist der Bamberger Soziologie-Professor Friedrich Heckmann. Für ihn ist es sehr ermüdend immer wieder auf die Frage eingehen zu müssen, ob die Bundesrepublik ein Einwanderungsland sei, denn im statistischen Sinn ist sie es allemal. Ein erster Schritt einer Migrationspolitik, wäre es, diese Tatsache Rechnung zu tragen:

O-Ton 1:

"Dazu würde eben auch gehören, daß man die Situation anerkennt, wie sie ist, daß man damit auch den ausländischen Zuwanderern einen legitimen und legalen Status gibt, als Mitglieder dieser Gesellschaft."

Für Heckmann beinhaltet dies auch die Beteiligung an allen relevanten Formen politischer Partizipation: also Wahlrecht, z.B., damit Zuwanderer nicht als Bürger zweiter Klasse behandelt werden. Eine Migrationspolitik müßte sich ferner Gedanken machen, wie die Gesellschaft zu gestalten wäre:

O-Ton 2:

"Will man sozusagen eine Gesellschaft der Zukunft, in der langfristig verschiedene Minderheiten sich fest etablieren oder betreibt man eine Politik, wie viele klassische Einwanderungsländer das gemacht haben, in denen diese Menschen ethnisch-kulturell sich allmählich annähern"

Heckmann tendiert zu letzterem, allerdings müsse sich dann die deutsche Gesellschaft ökonomisch, rechtlich, politisch und sozial den Einwanderern öffnen.

Unbestritten erscheint Heckmann, seit kurzem Leiter des Europäischen Forums für Migrationsstudien an der Universität Bamberg, daß langfristig eine gewisse Zuwanderung notwendig sei:

O-Ton 3:

"Das Verhältnis von Alten und Jungen, von ökonomisch Aktiven und denjenigen, die Rente beziehen wird immer ungünstiger. Und aus diesen Entwicklungen heraus kann man abhängig von bestimmten Annahmen, durchaus sagen, daß wir einen Einwanderungsbedarf haben, wenn wir unseren Lebensstandard halten wollen."

t: 2'41

Erstsendung: 28.12.93 auf Radio Antenne Franken, Bamberg